



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24834-33

Fernschreiber 0886890

V/XII/119 - 24. Mai 1957.

Hinweise
auf den Inhalt:

Warum zur SPD?	S. 1
Die Alternative der deutschen Politik	S. 3
Zolis christlich-demokratische Regierung	S. 3
Guter Abschluss der deutsch-russischen Rote-Kreuz-Verhandlungen	S. 7
Um die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle	S. 9

Warum zur SPD?

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister a.D.

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) hat sich aufgelöst und ihren Mitgliedern empfohlen, der SPD beizutreten. Die GVP entstand 1952, um der zweigeteilten Aufrüstung in Deutschland und der Eingliederung unserer Volksteile in entgegengesetzte Machtblöcke mit Entschiedenheit zu widerstehen. Sie wollte einer Wiedervereinigung unseres Volkes durch Verständigung nach West und Ost dienen. Zu parlamentarischen Erfolgen ist die GVP nicht gekommen, weil Sperrklauseln des Wahlgesetzes, Behinderung ihrer Propaganda (Rundfunk) und der Ausschluss von steuerfreien Geldspenden ihre Arbeit erschwerten. An der diesjährigen Bundestagswahl würde die GVP sich nicht beteiligt haben.

Dieser Stand der Dinge legte eine Auflösung der Partei umso mehr nahe, als die SPD sich bündig gegen Atomrüstung in Deutschland ausgesprochen hat und aus der Einseitigkeit der bisherigen Bonner Europa-Politik einen Ausweg sucht, welcher auch die Wiedervereinigung unseres Volkes wirklich zu fördern geeignet ist. Die Bundestagswahl 1957 muss endlich eine Wende in der Bonner Politik erbringen. Dazu ist ein Zusammenrücken verwandter Kräfte geboten.

Wenn man mich fragt, ob meinem jetzigen Weg zur SPD nicht

meine Zugehörigkeit zu leitenden Organen der Evangelischen Kirche entgegenstehe, so antworte ich, dass es nicht angeht, aus der Entfremdung weiter Teile unseres Volkes gegenüber der Botschaft der Kirche eine Anklage gegen die SPD zu machen. Bei dieser Entfremdung haben Ursachen mitgewirkt, welche wahrscheinlich nicht zuletzt in dem politischen Verhalten der Kirche, d.h. in einseitigen Bindungen an konservative Interessen und Gruppen zu suchen sind. An dem geistigen Zerbruch unseres Volkes ist das lange Kapitel "Thron und Altar" unserer Kirchengeschichte erheblich beteiligt. Die CDU hat die unselbige Spaltung wieder aufgegriffen, seitdem sie sich als "christliche Einheitsfront" gebärdet und eine Politik entwickelt, deren Bezeichnung als "christlich" einen Missbrauch des Namens darstellt.

Auch grosse Teile kirchlicher Gemeindeglieder lehnen die Politik der CDU als verhängnisvoll ab. Diesen Gemeindegliedern muss es möglich sein, in der Bundestagswahl 1957 ihre Stimme einer Partei zu geben, welche entschlossen ist, die CDU-Politik abzulösen. Manche von ihnen begegnen der SPD mit Zurückhaltung, weil die SPD, zumal in vergangenen Jahrzehnten auf die konservative Gebundenheit der Kirche in einer verwirrenden Weise geantwortet hat. Daraus sind Vorbehalte erwachsen, welche die Entscheidung der Wähler gegenüber der Adenauer-Politik unsachlich beeinflussen. Es gilt, diese Belastungen und Vorbehalte von beiden Seiten abzubauen und zu überwinden.

Ein Doppelpes ist dazu erforderlich: Auf der einen Seite darf die Kirche nicht politischer Schleppenträger für einen Teil des Volkes und dessen einseitige Interessen sein. Die Evangelische Kirche ist in Erkenntnis ihrer Fehler bemüht, für alle da zu sein. Sie sollte es aber auch nicht zulassen, dass eine unstrittene Parteipolitik unter christlichen Vorzeichen betrieben wird. Auf der anderen Seite ist es nicht Sache einer politischen Partei, in Ersatzreligion zu machen. Hier kann ebenso ein Keil den anderen treiben, wie auch umgekehrt jede Seite zur Überwindung der alten Gräben beizutragen vermag.

Mit der Auflösung der GVP ist der Übertritt vieler ihrer christlichen Mitglieder zur SPD verbunden. Sie wollen unserem Volk sowohl durch eine andere Deutschland- und Europapolitik zu seiner staatlichen Wiedervereinigung als auch durch Überwindung alter weltanschaulicher Gräben zu einem inneren Zueinander-Finden helfen.

Heraus aus der Sackgasse !

G.M. - Die unter der Bezeichnung "Ollenhauer-Plan" veröffentlichte Zusammenstellung der sozialdemokratischen Auffassungen zur Überwindung der Unsicherheitspolitik der jetzigen Bundesregierung ergibt sich aus der seit Jahren immer wiederholten unrichtigen Behauptung Adenauers, die Sicherheit des deutschen Volkes werde durch die Pariser Verträge, die daraus folgende Aufstellung von westdeutschen Divisionen und überhaupt durch das NATO-Bündnis gewährleistet. Zu allem Überflusse behauptet die Regierung ausserdem noch, durch ihre Bündnispolitik könne die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden.

Unrichtig ist zunächst, dass es sich bei all diesen Dingen um "die Sicherheit des deutschen Volkes" handelt. Günstigstenfalls könnte man von der Bevölkerung der Bundesrepublik sprechen, die bekanntlich nicht ganz Deutschland ist. 18 Millionen Deutsche leben jenseits der Zonengrenze.

Aber nicht einmal die Sicherheit der Bevölkerung der Bundesrepublik ist durch die Politik der jetzigen Bundesregierung gewährleistet, weil in jedem Ernstfalle nicht nur Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden, sondern weil auch ganz Deutschland das Schlachtfeld des Zusammenpralls der Truppen und Kampfmittel des Ostblocks und des Westblocks werden würde.

Wenn zu den konventionellen Waffen ausserdem noch die atomare Aufrüstung hinzukomme, wäre Deutschland die Zielscheibe der von Ost und West ferngesteuerten Raketen. Wer in diesem Zusammenhang und angesichts derartiger Möglichkeiten noch von der "Sicherheit des deutschen Volkes" redet, hat einfach nicht begriffen, dass die Sicherheitsprobleme Deutschlands nicht mit militärischen, sondern nur noch mit politischen Mitteln zu lösen sind.

Unrichtig ist auch die Behauptung, dass die Wiedervereinigung Deutschlands durch die von der jetzigen Bundesregierung befürwortete militärische Blockpolitik zu erreichen ist. Das offizielle Bonn hat zunächst behauptet, je stärker der Westen werde, um so eher würden die Russen bereit sein, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Seit dem Tage des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO ist die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft, weil Moskau - ob zu Recht oder zu Unrecht, das mag dahingestellt bleiben - in der NATO eine gegen die Sowjetunion gerichtete militärische Organisation sieht. Die Sowjetunion hat die Regierung der Bundesrepublik vor dem Beitritt zur NATO gewarnt, dann aber, als die Warnung überhört worden war, den Tatbestand einer "souveränen Bundesrepublik" anerkannt und kurz darauf auch die sogenannte DDR zu einem "souveränen Staat" gemacht.

Die "Politik der Stärke" hat uns also nicht nur nichts eingebracht, sondern sogar die Situation in Deutschland und damit in

Europa noch schwieriger und komplizierter gestaltet als sie es bis dahin schon war.

Um eine nach menschlichem Ermessen maximale Sicherheit dem deutschen Volk bieten zu können, und um die Spaltung Deutschlands zu überwinden, ist zunächst die Überwindung der völlig ausweglosen militärischen Blockpolitik notwendig. Anstelle der militärischen Blöcke, denen die beiden deutschen Teilstaaten heute angehören, muss in Europa mit Beteiligung des wiedervereinigten Deutschland ein System kollektiver Sicherheit gesetzt werden, das von den USA und der Sowjetunion garantiert und von den Vereinten Nationen als regionales Bündnissystem anerkannt wird.

Die Sozialdemokratie bezeichnet seit Jahren dieses europäische Sicherheitssystem als die wahrscheinlich einzige Möglichkeit, um aus der Sackgasse der militärischen Blockpolitik herauszukommen.

Das kollektive Sicherheitssystem mit Beteiligung des wiedervereinigten Deutschland bedeutet nicht Schutzlosigkeit für das deutsche Volk. Im Gegenteil, es bietet dem wiedervereinigten deutschen Volk die Chance, mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten an der Verteidigung der Freiheit teilzunehmen, falls diese in Europa von irgendeiner Seite aus bedroht wird.

Das von der Sozialdemokratie erstrebte kollektive Sicherheitssystem setzt selbstverständlich die Beteiligung west- und osteuropäischer Staaten voraus.

Die jetzige Bundesregierung hat sich bis jetzt geweigert, an die Regierung der Sowjetunion die Frage zu stellen, ob sie bereit wäre, in ernsthafte Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands mit den Westmächten zu treten, wenn klargelegt wird, dass Deutschland sich nicht an einem der heute bestehenden Militärblöcke beteiligt, bzw. ob mit der Bereitschaft der Sowjetunion zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu rechnen ist, wenn der militärische Status des wiedervereinigten Deutschland festgelegt wird.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese oder ähnliche Forderungen der Sozialdemokratie war stets ausweichend, wenn nicht gar ablehnend. Immer wieder zog sich das offizielle Bonn auf die eingangs dargelegte These von der Notwendigkeit der einseitigen militärischen Bindung zurück. Selbstverständlich wird auch eine sozialdemokratische Regierung die jetzt bestehenden Verträge nicht einfach "zerreißen". Sie wird aber im Einvernehmen mit den Vertragspartnern durch eigene Initiative und neue Vorschläge die Revisionsmöglichkeiten anzuwenden wissen, die in den Verträgen selbst enthalten sind. Diese Forderung stellt die Sozialdemokratie gerade in der gegenwärtigen Situation auch an die jetzige Bundesregierung.

Die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes hängt davon ab, ob es in Kürze gelingen wird, die rein militärischen und von der jetzigen Bundesregierung unterstützten Vorstellungen von der Lösung der gegenwärtigen Weltprobleme durch neue politische Konstruktionen zu ersetzen. Gelingt dies nicht, dann bleiben die beiden Teilstaaten Deutschlands Aufmarschgebiet und Zielscheiben der riesigen militärischen Blöcke und das deutsche Volk selbst bleibt in einem Zustand der ständigen Unsicherheit. Setzt sich jedoch der gute Wille zu einer neuen Politik der Entspannung durch, dann erhält das deutsche Volk die Hoffnung auf seine Wiedervereinigung und das grosse Glück der Sicherheit.

Wird sie bis zu den nächsten Wahlen halten ?

P.E., Rom, Mitte Mai

Die Republikaner stellen mit ihren fünf Kammerabgeordneten und zwei Senatoren die kleinste unter den im italienischen Parlament vertretenen Parteien dar. Dennoch stand gerade diese Partei nach dem Rücktritt der Regierung Segni im Mittelpunkt aller Kombinationen um die Wiederherstellung des "Quadripartito", der Vierparteienkoalition der Mitte. Aber die republikanische Parteileitung hat mit 13 gegen acht Stimmen die Teilnahme ihrer Partei an einer neuen Regierung abgelehnt, und dieser Beschluss hat alle Hoffnungen auf eine Neuaufgabe des "Quadripartito" bis auf weiteres zunichtegemacht.

Staatspräsident Gronchi sah sich unter diesen Umständen bewegen, eine rein christlich-demokratische Minderheitsregierung ins Auge zu fassen und betraute den Senator und bisherigen Bilanzminister Adone Zoli mit deren Bildung. Der Chef der zurückgetretenen Regierung Antonio Segni, der vor der christlich-demokratischen Parteileitung an erster Stelle als Kandidat für den Posten des neuen Ministerpräsidenten nominiert worden war, hat es abgelehnt, die Bildung einer solchen "einfärbigen", rein christlich-demokratischen Regierung zu übernehmen und hat offenbar die Absicht, bis auf weiteres ins Privatleben zurückzukehren.

Adone Zoli, der neue Regierungschef, ist seit etlichen Jahren der Vorsitzende des christlich-demokratischen Nationalrats und hat als solcher eine sehr wichtige Parteifunktion inne. Er ist ein Mann von siebzig, hat in Florenz eine Advokaturkanzlei betrieben, bis ihn das politische Leben völlig in Anspruch nahm und genießt auch ausserhalb seiner Partei grosse Achtung als aufrechter Demokrat und hervorragender Finanzfachmann. Die Zusammenstellung der Ministerliste hat sich als unerwartet schwierig erwiesen, weil es sich darum handelte, die Portefeuilles so zu verteilen, dass die verschiedenen Richtungen und Strömungen innerhalb der Democrazia Cristiana darin ihrer Wichtigkeit entsprechend zu Worte kommen. Man darf ja bei der Beurteilung italienischer innerpolitischer Verhältnisse niemals ausseracht lassen, dass die Democrazia Cristiana keineswegs eine völlig einheitliche Partei ist, sondern sich aus Vertretern sehr

verschiedenartiger Tendenzen zusammensetzt, zwischen denen das einigende Band eigentlich nur durch das Bekenntnis zum Katholizismus gebildet wird.

Wenn eine christlich-demokratische Regierung mit einiger Aussicht auf Erfolg gebildet werden sollte, so musste also vor allem dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei unter einen Hut gebracht wurden, und das war durchaus nicht einfach; steht doch einem mit grosskapitalistischen Interessen eng liierten rechten ein ziemlich weit links stehender Flügel gegenüber, der insbesondere durch die christlichen Gewerkschaften und deren Führungstab bestimmt ist.

Zoli hat die neue Regierung weitgehend mit den christlich-demokratischen Ministern der Regierung Segni gebildet, zu denen als "neue Männer" diejenigen Minister hinzukommen, die an die Spitze der bisher von Sozialdemokraten und Liberalen verwalteten Ressorts traten. Hier ist vor allem als neuer Ausschminister der frühere Ministerpräsident Pella zu nennen, ein Exponent des rechten Flügels, dessen besondere Stellung dadurch unterstrichen wurde, dass er den Titel eines Vize-Ministerpräsidenten erhielt. Der prominente Vertreter des linken Flügels, Guido Gonella, bisher Minister ohne Portefeuille, wurde mit dem der Justiz betraut. Die neue Regierung wird, um sich parlamentarisch behaupten und bis zu den Neuwahlen des kommenden Jahres am Ruder bleiben zu können, der wohlwollenden Unterstützung durch die Stimmen oder wenigstens die Stimmenthaltung anderer Parteien bedürfen. Die Aussichten hierfür sind nicht ungünstig, denn sowohl die Nenni-Sozialisten als auch die monarchistischen Rechtsparteien haben bereits verlauten lassen, dass sie bereit sind, die neue Regierung nach ihrem Programm zu beurteilen und keinesfalls vorgefasste Opposition zu betreiben.

Von den drei "einfarbigen" Minderkeitsregierungen, die in Italien seit den Wahlen des Jahres 1953 gebildet wurden, haben zwei, nämlich die letzte Regierung De Gasperi und die Regierung Fanfani, die erste Vertrauensabstimmung im Parlament nicht überlebt. Hingegen vermochte sich das Kabinett Pella immerhin einige Monate zu behaupten, und sein Sturz ging im wesentlichen auf Differenzen innerhalb der Democrazia Cristiana zurück, wie solche jetzt durch die sorgfältig ausgewogene Zusammensetzung der neuen Regierung vermieden werden sollen. Man glaubt daher allgemein, dass es einem Kabinett Zoli gelingen dürfte, bis zu den Neuwahlen des Frühjahres 1958 im Amte zu bleiben.

Hoffnung für viele Tausende

ler - Die beharrliche Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes und seines Präsidenten Dr. Weitz kann auf einen weiteren grossen Erfolg zurückblicken. Seine im Februar dieses Jahres nach Moskau unternommene Reise, die der Schaffung eines Abkommens über die Heimführung der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen galt - nach deutschen Schätzungen sind es etwa 85 000 - ebnete den Boden für den nun erfolgten Abschluss der Verhandlungen zwischen dem Deutschen und Sowjetrussischen Roten Kreuz. Im sowjetrussischen Präsidenten, Professor Miterew, fand Dr. Weitz einen verständnisvollen Partner, beide einigten sich darauf, das Gebot der Menschlichkeit verlange, dass zwölf Jahre nach Kriegsende alle Kriegsfolgen, die die Entwicklung eines friedlichen Verhältnisses zwischen beiden Völkern stören, beseitigt werden. Beide kamen überein, die zuständigen Stellen zu bitten, "konkrete Anträge auf Repatriierung vom Standpunkt der Menschlichkeit zu entscheiden".

Die Verhandlungen standen, entgegen allen vorherigen Unkenrufen, von Anfang an unter einem guten Zeichen. Professor Miterew brachte gleich zu Beginn seiner Reise die gute Botschaft mit, das Personal des Moskauer Schuldienstes, das bisher kaum 100 Personen umfasste, solle beträchtlich vermehrt werden - eine gewiss augenfällige Unterstreichung des Willens, bei der Suche nach den in der Sowjetunion vermissten Deutschen jede Hilfe zu leisten. Das legt dem deutschen Suchdienst die erhöhte Verpflichtung auf, in jeder Hinsicht wirklich einwandfreie Unterlagen zu beschaffen. In der Vergangenheit ist in dieser Richtung einiges gesündigt worden, weil der Suchdienst schon materiell nicht in der Lage war, allen Spuren nachzugehen.

Es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Wackkriegsgeschichte, dass für den Reptilienfonds des Bundeskanzlers "zur Förderung des Informationswesens" von der Koalition 11,5 Millionen DM bewilligt wurden, während der Suchdienst mit 3 Millionen DM abgespeist wurde. So konnten Anfragen der Bundes- und Landesbehörden oft nur mit grosser Verspätung vom Suchdienst beantwortet werden, da es ihm an 35 000 DM fehlte, um allein diesen Mangel abzustellen. Etwas mehr Verständnis

und Grosszügigkeit hätte sich auch schon in den vergangenen Jahren in Gewissheit über das Los von Verschleppten umgeschlagen. Dabei liegen dem DRK noch Suchaufträge für 1,1 Millionen vermisste Wehrmachtangehörige und verschollene Zivilverschleppte vor. Die exakte Bearbeitung jedes einzelnen Falles erfordert eine Riesenarbeit von Zeit und Nachforschungen.

Der Kernpunkt der getroffenen Vereinbarungen liegt bei der Familienzusammenführung. Deutsche Zivilisten in der Sowjetunion, die nachweisen können, dass ihre nächsten Angehörigen in Westdeutschland leben, sollen in Zukunft die Ausreisegenehmigung ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit erhalten. Das ist insofern ein grosser Fortschritt, als Moskau bisher in den Bewohnern der an die Sowjetunion abgetretenen Teile Ostpreussens "sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität" erblickte. Für viele deutsche Familien bedeutete dieses Beharren auf einem bürokratischen Prinzip die Trennung von ihren engsten Angehörigen, da in den ersten Monaten 1945 viele Frauen und Kinder nach dem Westen geflohen waren, ihre Männer und Väter aber in Ostpreussen verblieben. Die Frauen und Kinder waren Deutsche, ihre Männer und Söhne wurden durch die Abtrennung aber russische Staatsbürger - welches unendliche Leid und welche Tragödien daraus entstanden, überschreitet menschliche Vorstellungen.

Für diese Unschuldigen schlägt hoffentlich bald die Stunde des Wiederausammenfindens. Die Bande der Roten-Kreuzgemeinschaft schlugen die Brücke zum gegenseitigen Verstehen, hier wurde trotz allem doch der sinnfällige Beweis von der Kraft des Menschlichen erbracht, die zueinander findet.

* * *

Peinliche Anfragen

sp - Soll das nun anlaufende Rüstungsgeschäft der Bereicherung einer hauchdünnen Schicht von Unternehmern, Interessenten und Lobbyisten dienen? Alarmierende Anzeichen über eine unheilvolle Verquickung von Geschäft und Politik sind vorhanden. Fritz Heine vom Vorstand der SPD hat einige genannt. Niemand kann sie übersehen. Der Bundesverteidigungsminister im besonderen und die Bundesregierung im allgemeinen können einer Antwort nicht ausweichen, wenn sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wollen, dass sie Schlimmes zu verschleiern haben. Es sind konkret gestellte Fragen, Namen und Verbindungen wurden genannt, konkrete Antworten müssen darauf erfolgen. Die Sauberkeit unseres öffentlichen Lebens gebietet es.

* * *

Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten wird noch nicht kommen.

sp- Die Debatte des Bundestages um die Lohnfortzahlung auch für Arbeiter im Krankheitsfalle, die der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein als eines der z.Zt. aktuellsten Probleme der Sozialordnung der Bundesrepublik in das Licht der Öffentlichkeit rückte, wird wahrscheinlich in diesem Bundestag nicht mehr zu einer konkreten Lösung führen. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfes, der sozialdemokratischer Initiative entsprang und der im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages sich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zu einem Kompromissvorschlag der CDU verdichtete, liess faktisch alle Probleme offen. Man spürt aus den Diskussionbeiträgen wie aus den vorliegenden Abänderungsanträgen der DP, FDP, FVP und CSU wie sehr diese Parteien sich im Verein auch mit der CDU darum bemühten, vor den Wählern den Anschein zu erwecken, als seien sie im Prinzip zwar nicht für eine Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten aber doch immerhin für eine Angleichung. Im Hintergrund all dieser Erklärungen und Anträge wurde jedoch das Bestreben sichtbar, die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zu verzögern und sie möglichst dem dritten Bundestag nach den Wahlen zu überlassen.

Am liebsten hätten gewisse Parteien gesehen, die Regelung der Lohnfortzahlung wäre freientarfilichen Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden überlassen geblieben. So wäre jenen eine Verantwortung zugeschoben gewesen, die dieser Bundestag gesellschaftspolitisch nicht mehr übernehmen wollte mit der Begründung, dass man weder dem Staat noch der mittelständischen oder handwerklichen Wirtschaft die Kosten-Belastung zumuten könne. Der Bundesarbeitsminister versteckte sich hinter der Frage, was aus dem Kranken und seiner schwierigen Lage nach Ablauf der sechs Wochen Krankheit mit vollem Lohnausgleich werden würde, wenn das übliche 50prozentige Krankengeld wieder einsetze. Es bedürfe also einer Gesamtregelung der sozialen Krankenversicherungen, die dieser Bundestag nicht mehr treffen könne. Die kleinen Koalitionsparteien kündigten für die dritte Lesung völlig neue Anträge mit neuen Regelungen an, wohl in der Hoffnung, dass die Beratung dieser neuen Vorstellungen eine Verabschiedung in der gegenwärtigen Legislaturperiode verhindert.

Zuvor hatte man sogar versucht, mit Hilfe von Pressemeldungen über einen Brief des Vorstandes des DGB an den Bundeskanzler einen "Druck auf das Parlament" zu konstruieren. Man hatte die Beratungen unterbrechen lassen, um eventuell den Versuch zu machen, das Thema überhaupt von der Tagesordnung des Bundestages abzusetzen, weil es unwürdig gewesen wäre, unter Druck zu verhandeln. Nach Kenntnisnahme und Inhalt des Briefes aber und nach einstündiger Unterbrechung der Bundestagsitzung mussten sich die Antragsteller von der rechten Seite des Hauses von der Abgeordneten Einzelberger (BHE) sagen lassen, dass Form und Inhalt des beanstandeten Briefes kein Anlass sein könnten, die Verhandlungen zu unterbrechen, zumal man von gewissen Wirtschaftsgruppen ganz andere massive Einflussnahmen auf das Parlament gefühlt habe ohne dagegen zu protestieren.

Die Mehrheit der Koalition wünscht keine völlige Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten. Man redet vom Mißbrauch der Krankenversicherung durch die Arbeiter und will die Karenztage, wenn auch in unterschiedlicher Form, beibehalten. Der Gesamteindruck bleibt: Hinzögern, hinauszögern. Selbst wenn die dritte Lesung nicht zu vermeiden ist, so wird doch dem nächsten Bundestag die Endlösung des Problems überlassen bleiben.

* * *